

KÖLNER FORUM
FÜR
INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN
UND
SICHERHEITSPOLITIK



KOMMENTAR

„Wer die Wahl hat...“

Die Wahlen zum 16. Deutschen Bundestag im Spiegel des Auslands

Von Donato De Bellis

donato.debellis@kfibs.org

Ausgabe

3/05

* * *

Deutschland hat gewählt – aber es hat sich nicht wirklich entschieden. Das innenpolitische Dilemma, welches derzeit in einem zähen Ringen um Koalitions- und Machtfragen gipfelt, beunruhigt nicht nur das eigene Land und seine Bürger. Das Ausland ist über den (vorläufigen) Ausgang der Bundestagswahl – Dresden hat noch nicht gewählt, erst am 2. Oktober – vom 18. September 2005 geschockt und spart nicht mit Kritik am „schwächelnden EU-Motor“ Deutschland.

Brüssel fordert die schnelle Bildung einer stabilen Regierung

Den Wahlausgang in Deutschland interpretiert Brüssel als falsches Signal für eine ohnehin zurzeit stagnierende Europäische Union (EU). Deren Kommissionspräsident José Manuel Durão Barroso wünscht sich die rasche Bildung einer stabilen Regierung in Deutschland. Brüssel steht vor schwierigen Entscheidungen: Die Europäische Verfassung bleibt in der Schwebe; der Streit über die Finanzierung der EU ist noch nicht beigelegt; die Öffnung der europäischen Dienstleistungsmärkte steht zur Entscheidung; der europäische Stabilitätspakt hat mit den nationalen Haushalten noch keinen Frieden geschlossen (insbesondere in Deutschland nicht); die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei stehen kurz vor ihrem Beginn. Brüssel hofft und benötigt zur Lösung dieser Probleme eine stabile deutsche Regierung. Des Weiteren erhofft(e) sich die EU durch ein klares „Ja“ zu einschneidenden Sozialreformen in Deutschland ein positives Signal für einen europäischen Wirtschaftsaufschwung. Nun muss Brüssel befürchten, dass Deutschland bis auf weiteres mit seinem innenpolitischen Machtkampf beschäftigt sein wird und dieser womöglich in einer Politik der minimalen Kompromisse resultieren könnte. Damit würde Deutschland – so die Brüsseler Befürchtungen – als treibende Kraft für die politischen (und sozialen) Reformen der EU einstweilen ausfallen.

Großbritanniens Hoffnungen auf Angela Merkel

Die politische Führung um den britischen Premierminister Tony Blair hoffte, trotz ideologischer Differenzen zwischen *Labour* und den deutschen Christdemokraten, auf

einen klaren Wahlsieg von Angela Merkel und zeigte sich nach dem Wahlsonntag enttäuscht. Die einstige Verbundenheit zu Gerhard Schröder ist spätestens seit dem Streit über die künftige Finanzierung der EU Geschichte. Der britische Premierminister setzte, wie bereits erwähnt, auf einen Wahlsieg von Angela Merkel und die damit verbundene Durchsetzung harter Einschnitte im Sozialsystem. Die radikalen Sozialreformen sollten die Wirtschaft in Deutschland möglichst rasch wieder ankurbeln sowie ein positives Signal für die europäischen Volkswirtschaften setzen – und gleichzeitig sollte eine erholte Konjunktur Deutschland neue lukrative Investitionen in den britischen Markt ermöglichen. Außenpolitisch erhoffte sich Tony Blair, durch eine neue transatlantische Ausrichtung Deutschlands die unliebsame Achsenbildung Paris–Berlin auszubalancieren.

Frankreich: Ein Wahlergebnis, aber mehrere Deutungen

In Frankreich wird das deutsche Wahlergebnis unterschiedlich aufgefasst. Es wird allerdings recht schnell deutlich, wie gespalten (hinsichtlich einer eigenen innenpolitischen Deutung) doch die politischen Lager untereinander sind. Die bürgerliche Rechte streitet sich um das „Wie viel“ an harten Einschnitten im Sozialsystem. Die Gruppe der gemäßigten Kräfte um den französischen Premierminister Dominique de Villepin hingegen sehen im deutschen Wahlausgang vor allem eine Warnung vor allzu drastischen Reformen. Die Gruppe um den radikalen UMP-Vorsitzenden Nicolas Sarkozy zeigt sich indes über den Wahlausgang und die mangelnde Reformbereitschaft generell enttäuscht.

Die Sozialistische Partei (PS) ist hinsichtlich einer programmatischen Ausrichtung sowie in Bezug auf die Rolle der deutschen Linkspartei gespalten. Der gemäßigte Flügel gibt der Linkspartei die Schuld an der Unregierbarkeit Deutschlands und begrüßt gleichzeitig die deutsche Verweigerung des – als zu liberal empfundenen – politischen Programms von Angela Merkel. Der radikale Flügel sieht sich durch das Ergebnis der Linkspartei in seiner Absicht bestärkt, den Liberalismus durch starke Protestbewegungen weiterhin zu bekämpfen. Einig sind sich wiederum alle Gruppierungen in der zentralen Frage der deutsch-französischen Beziehungen. Keiner sieht diese als gefährdet an, ganz unabhängig davon also, welche Parteien in Deutschland am Ende die Regierung stellen werden.

Die italienischen Lehren aus der deutschen Wahl

Vom linken bis zum rechten Spektrum ziehen alle politischen Gruppierungen in Italien für ihre innenpolitischen Strategien nützliche Lehren aus dem Wahlausgang in Deutschland. Der italienische Parlamentspräsident Pier Ferdinando Casini, Angehöriger des bürgerlichen Lagers um Premierminister Silvio Berlusconi, sieht in dem Wahlausgang eine Bestätigung der Entscheidung Gerhard Schröders für vorzeitige Neuwahlen. Das positive Signal der „Diskontinuität“ solle dem Premierminister ein Vorbild sein, ebenso in Italien vorzeitig Neuwahlen einzuleiten und somit – die Umfragen in Italien sehen derzeit das rechte Regierungslager hinter einem linken Bündnis – eine ähnliche Aufholjagd *à la* Schröder zu starten. Silvio Berlusconi zieht aus den Wahlen die Lehre, dass es letztlich darauf ankommt, die Erfolge der eigenen Politik dem Wähler unmissverständlich zu vermitteln – und dass Wahlen immer erst auf der Zielgeraden gewonnen werden. Die radikalen Kommunisten begrüß(t)en den Wahlsieg der Linkspartei in Deutschland und sehen darin eine Bestätigung, dass es bei einem Parteiensystem stets einer starken linken Alternative bedarf. Die Sozialdemokraten dagegen beton(t)en, dass Wahlen grundsätzlich bis zum letzten Moment offen seien und sehen sich durch den Erfolg Schröders durchaus bestätigt, befürchten aber nun eine Politik der minimalen Kompromisse einer großen Koalition in Deutschland und machen sich daher ernsthafte Sorgen über eine mögliche Stagnation des Landes.

Der Ausgang der Wahl wird nun auch zum Anlass genommen, über das eigene Wahlsystem – 75 % Mehrheitswahlrecht, 25 % Verhältniswahlrecht – und über den Nutzen des Verhältniswahlrechts neu zu diskutieren.

„Wahlsieger“ Türkei?

Die Türkei zeigt sich zunächst sichtlich erleichtert über das Ergebnis der Wahl, und der türkische Premierminister Recep Tayyip Erdoğan gratulierte als einziger Regierungschef Europas Gerhard Schröder zum „Wahlerfolg“. Die instabilen Verhältnisse in Deutschland werden zwar auch in Ankara zur Kenntnis genommen – so wird über sie

berichtet; aber in den Vordergrund rückt natürlich besonders die Thematik des (angestrebten) EU-Beitritts der Türkei. Hierbei wird mit großer Genugtuung zur Kenntnis genommen, dass es Angela Merkel nicht gelungen ist, mit diesem Thema bei den Wählern zu punkten. Es wird ferner davon ausgegangen, dass Deutschland nun zu sehr mit sich selbst beschäftigt sein wird, so dass dieses Thema keine so zentrale Rolle mehr für die deutsche Politik spielen dürfte, wie dies noch kurz zuvor der Fall war. Die Türkei fürchtet sich nicht mehr länger vor der (nun deutlich geschwächten) CDU/CSU; sie sieht die größte Gefahr jetzt vielmehr bei Zypern und Griechenland.

„Wahlverlierer“ George W. Bush?

Es ist kein Geheimnis, dass der US-amerikanische Präsident George W. Bush auf einen klaren Wahlsieg Angela Merkels hoffte, um eine neue Ära der transatlantischen Beziehungen einzuleiten. Nun hat er aber im Ergebnis ein weiterhin unberechenbares Deutschland erhalten. Vom amerikanischen Blickwinkel aus betrachtet, hat das Ergebnis demnach folgende Konsequenzen: Das Wahlergebnis bringt für Deutschland eine Phase der Instabilität mit sich. Dies hat zur Folge, dass Deutschland keine starke Führungsrolle mehr in Europa einnehmen wird und für weitere wichtige außenpolitische Fragen, wie beispielsweise die Umgestaltung Europas oder die Kontroverse um Atomreaktoren im Iran, *de facto* ausfällt.

Was Russland gelassen stimmt, frustriert Polen umso mehr

Russlands Staatspräsident Wladimir Putin setzt ganz auf seinen Duzfreund Gerhard Schröder. Angela Merkel begegnet er eher mit Misstrauen, weiß er doch um deren transatlantische Vorliebe. Zu Gerhard Schröder hat Putin über die Zeit ein ganz besonderes Vertrauensverhältnis aufgebaut. Der russische Staatspräsident kann – aus seiner Sicht – mit dem Ausgang der deutschen Wahl somit mehr als zufrieden sein.

In Polen hingegen ist man vom Wahlausgang doch ziemlich enttäuscht. In Angela Merkel sieht man quasi die „natürliche Bundesgenossin“ für polnische Interessen und die

damit verbundenen leisen Hoffnungen auf ein neues Kapitel in den deutsch-polnischen Beziehungen. Von Schröder fühlt sich Polen missachtet; ihm wirft man eine gefährliche Nähe zu Russland vor, die unter anderem auf Kosten polnischer Interessen gehe.

Der „deutsche Patient“ – ein kurzes Fazit

Das Ausland ist um das Wohl Deutschlands besorgt. Mögen die Partikularinteressen in den einzelnen Ländern auch noch so unterschiedlich ausfallen, so ist man sich doch zumindest in einem Punkt einig: Deutschland liegt als „bettlägeriger Patient“ danieder und keiner weiß so recht, wann der „Patient“ wieder genesen sein wird. Die Wahlen in Deutschland haben leider nicht die in Europa erhoffte Signalwirkung für weitere Reformen der Sozialsysteme und für einen damit einhergehenden und explizit gewünschten Wirtschaftsaufschwung in Deutschland und Europa gebracht.

Das Ergebnis der Wahl ist alles in allem ein Spiegelbild der Gefühlslage in Deutschland: Grundsätzlich ist man zwar *pro* Reformen, aber diese sollten nach Möglichkeit nicht allzu einschneidend sein. Eine solche Haltung wird im Ausland mit deutlicher Kritik „quittiert“. Deutschland scheint unberechenbar geworden zu sein – die Verhältnisse in Deutschland seien „instabil“, muss man in diesen Tagen ein ums andere Mal in den ausländischen Gazetten lesen. Daraus zieht das Ausland die Schlussfolgerung, dass Deutschland künftig mit sich selbst beschäftigt sein wird und für wichtige außenpolitische Aufgaben – auf unbestimmte Zeit – nicht mehr zur Verfügung stehen dürfte. Die Führungsrolle Deutschlands in Europa wird damit einmal mehr in Frage gestellt. Nun wird es darauf ankommen, dem „deutschen Patienten“ wieder auf die Beine zu helfen. Nicht nur die Symptome der „Krankheit(en)“ müssen jetzt behandelt bzw. gelindert werden, sondern auch deren tatsächliche Ursachen.

Das bedeutet in der Summe, dass Deutschland so schnell wie möglich innenpolitisch wieder für stabile Verhältnisse sorgen muss, unabhängig davon, wer die Regierung nun letztendlich bildet. Erst mit einer innenpolitisch stabilen Regierung wird Deutschland wieder in der Lage sein, wichtige außenpolitische Aufgaben, wie die angestoßenen Reformen in der EU, als treibende Kraft anzugehen. Erst dann dürfte es Deutschland wieder gelingen, das Ausland von seiner für sich selbst beanspruchten

Führungsrolle in Europa zu überzeugen und dieser auch in vollem Umfang gerecht zu werden. Eine neue, stabile Regierung wird zudem die schwierige Aufgabe zu meistern haben, die Reformen der Sozialsysteme weiterzuführen und positive Signale an die europäischen Volkswirtschaften auszusenden. Gelingt die Bildung einer stabilen Regierung unter den gegebenen Mehrheitsverhältnissen und sollte diese gar entsprechende Erfolge aufweisen können, so wird Deutschland ein gutes Beispiel dafür abgeben, dass Demokratien nicht nur schwierige Mehrheitsverhältnisse produzieren können, sondern auch willens und in der Lage sind, mit eben jenen in angemessener Weise zu verfahren.

(Hinweis: Dieser Kommentar von Donato De Bellis berücksichtigt Ereignisse und Entwicklungen in Deutschland bis zum 29. September 2005 einschließlich.)